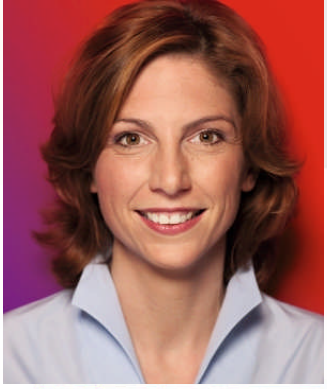

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
was war das für eine Woche:
Zahlreiche Besuchergruppen aus dem Wahlkreis, viele Sitzungen des EU-Ausschusses u.a. mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und Günther Oettinger, Aktuelle Stunden und Ausschussrunden bei Menschenrechte & humanitäre Entwicklung aufgrund der Ebola-Epidemie, immer wieder Debatten zu TTIP und das Bemühen, es so transparent wie möglich zu gestalten und ganz zum Schluss die digitale Bürgersprechstunde.
Diese hat mich so begeistert, dass wir nun regelmäßige digitale Sprechstunden planen.
Ich würde mich freuen euch auch mal bei einer begrüßen zu können.
Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

TTIP – Verhandlungen fortsetzen – Leitplanken setzen!

Kaum ein Thema hat die Verbraucherinnen und Verbraucher so beschäftigt wie das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP. Dabei spielte das Chlorhühnchen eine beispielhafte Rolle. Die Angst davor, dass hier ein Abkommen geschlossen wird, das uns erheblich schaden kann, ist bis heute nicht aus der Welt. Vor allen Dingen wurde die mangelnde Transparenz kritisiert und die Einhaltung unserer europäischen Standards eingefordert.
Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben auf dem Parteikonvent am vergangenen Samstag unsere Position deutlich gemacht: Damit sich die Chancen des transatlantischen Freihandelsabkommens realisieren, müssen die Verhandlungen innerhalb fester Leitplanken erfolgen.
Konkret bedeutet das: Wir werden die hohe Qualität der Daseinsvorsorge in Deutschland und die hohen europäischen Standards für Umwelt-, Arbeits- und Verbraucherschutz nicht in Frage stellen.
Zudem darf der Schutz von Investoren nicht dazu führen, dass demokratisch legitimierte Regelungen im Sinne des Gemeinwohls ausgehöhlt werden. Entscheidend ist, dass die Verhandlungen zu TTIP transparent sind.
Nur dann ist es möglich, die Ziele und Möglichkeiten des Abkommens am Ende unvoreingenommen zu bewerten. Handelsabkommen können ein guter Hebel sein, um weltweit einen besseren Arbeitnehmerschutz und nachhaltiges Wirtschaften voranzutreiben.
Wir sprechen uns deshalb gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund dafür aus, die Verhandlungen über TTIP fortzuführen.
Wir werden den laufenden Verhandlungsprozess zwischen der Europäischer Kommission und den USA über TTIP weiter aufmerksam begleiten – gemeinsam mit unseren Genossinnen und Genossen im Europäischen Parlament und unabhängig davon, ob das Abkommen letztendlich der Zustimmung der nationalen Parlamente bedarf.
Zusammen mit der Partei werden wir am 25. Februar 2015 eine Konferenz zum Thema ausrichten.

Kommunalpolitik

Kommunen sind arm – Hilfe wird weiter nötig sein!

In rund 75 Prozent aller deutschen Kommunen werden die Bürger in den nächsten zwei Jahren durch Gebührensteigerungen – zum Beispiel für Kitas, Friedhöfe oder Ganztagsschulen – belastet. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie.
Trotz der Rekordsteuereinnahmen öffnet sich die Schere zwischen armen und weniger armen Kommunen weiter und weiter. Die finanzielle Situation der Kommunen insgesamt kann nur durch eine stärkere Übernahme kommunaler Sozialausgaben durch den Bund erfolgen.
Jede dritte Kommune gibt im Rahmen der Studie an, ihre eigenen Schulden selbst nicht mehr zurückzahlen zu können. Hierdurch ist die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland bedroht: Konsequenz dieser Entwicklung ist, dass gerade in solchen Kommunen, in denen der Spardruck hoch und die Investitionskraft gering ist, Bürgerinnen und Bürger mit steigenden Gebühren für kommunale Leistungen konfrontiert werden.
Die Chancen eines Kindes auf gute frühkindliche Bildung und Betreuung sind dort geringer, wo kommunale Haushalte aus eigener Kraft keinen Ausweg aus der Schuldenfalle mehr finden.
Die Bundesregierung reagiert hierauf: Eine Milliarde mehr für Kinderbetreuung; der Bund übernimmt das BAföG vollständig und dauerhaft. Davon profitieren Kommunen, wenn die Länder die Mittel für kommunale Aufgaben im Schulbereich verwenden und weitergeben. Ebenfalls werden die Kommunen ab 2015 um eine Milliarde entlastet. Auch der Mindestlohn entlastet Kommunen im Bereich der Sozialausgaben.
Der weitere Handlungsbedarf ist jedoch enorm: Laut der Umfrage beabsichtigen 27 Prozent der befragten Gemeinden, Gebühren für kommunale Friedhöfe anzuheben. Insbesondere Familien werden belastet: 25 Prozent der Gemeinden werden voraussichtlich mehr Geld für den Besuch von Kitas und Ganztagsschulen einfordern. Einsparungen – so die Studie – planen die Gemeinden vor allem im Bereich der freiwilligen Leistungen.

Es geht also nicht nur um die Straßenbeleuchtung, sondern die Jugendarbeit, die Bibliotheken und den Kulturbereich. Wichtige Zukunftsprojekte wie die Bildung, der vorsorgende Sozialstaat und Chancengleichheit der Kinder und Jugendlichen – unabhängig vom Geburtsort und sozialer Herkunft – bleiben auf der Strecke.
Umso wichtiger ist es deshalb, schnell die Entlastung der Kommunen von den explodierenden Kosten der Eingliederungshilfe umzusetzen. Unter den Sozialausgaben weist diese die größte Dynamik auf.
Wenn der Bund die Kommunen mit diesen Herausforderungen alleine lässt, wird die Gebührenschraube vor Ort – auch zu Lasten der Chancengleichheit – immer weiter angezogen.

Arbeit & Soziales

Dialog mit Betriebsräten – Arbeit wieder wertschätzen!

Unter dem Motto „Arbeit wertschätzen“ hat unsere Bundestagsfraktion den traditionellen Dialog mit Betriebs- und Personalräten aus ganz Deutschland fortgesetzt. In Berlin diskutierten unter anderem unser Fraktionschef Thomas Oppermann, Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles und die Sprecherin für Arbeit und Soziales, Katja Mast, mit rund 260 Betriebs- und Personalräten über Leiharbeit, den Missbrauch von Werkverträgen, die Tarifautonomie und die Wirkung des Mindestlohns. Schlechte Arbeitsbedingungen beeinträchtigen das ganze Leben, umso wichtiger ist es über gute Arbeit zu sprechen und sie gemeinsam voranzubringen.
Genau das war der Kern der diesjährigen Betriebsrätekonferenz „Arbeit wertschätzen“. Der Austausch mit den rund 260 Betriebsräten war sehr konstruktiv.
Unsere Bundestagsfraktion wird nicht aufhören, sich mit aller Kraft für gute Arbeit einzusetzen. Als nächstes steht die Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen auf der Agenda der Großen Koalition. Damit soll der Zweiklassengesellschaft in Betrieben ein Riegel vorgeschoben werden.
Auch Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles und der Vorsitzende unserer Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann, haben auf der Konferenz noch einmal unser Ziel dargelegt, guter Arbeit wieder ihren Stellenwert in der Gesellschaft zu geben und sie zukunftsfest zu machen.
Der Vorsitzende des DGB, Reiner Hoffmann, legte dar, wie der Ausbau von Mitbestimmung erfolgreich gelingen kann. Tatjana Fuchs von der Gesellschaft für Gute Arbeit mbH sprach darüber wie Arbeit wertschätzend gestaltet werden kann. Klaus Barthel, MdB und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) der SPD, fasste in seinem Schlusswort nochmals die wichtigsten Herausforderungen an die Gestaltung guter Arbeit zusammen.

Finanzen

Gewinne von Konzernen – Steueroasen austrocknen!

Alle, insbesondere auch die multinationalen Konzerne müssen auf ihre Gewinne Steuern zahlen.
Die Praxis, dass Gewinne durch die Ausnutzung von Steuerschlupflöchern und Lücken zwischen den nationalen Steuersystemen in Niedrigsteuerländer verschoben werden, muss beendet werden.
Das von den Finanzministern und Notenbankchefs der G20 bei ihrem Treffen im australischen Cairns beschlossene Maßnahmenpaket gegen Steuerflucht zielt darauf ab, dass Konzerne ihre Gewinne wieder dort versteuern, wo sie sie erwirtschaften.
Die auf dem OECD-Aktionsplan gegen Gewinnkürzung und Gewinnverlagerung beruhenden Maßnahmen sind eine wirksame Strategie, um Steueroasen auszutrocknen. Die Staaten dürfen bei dieser Strategie aber nicht stehenbleiben.
Eine Niedrigbesteuerung muss auch in den Industriestaaten, in denen die wirtschaftliche Aktivität stattfindet, unterbunden werden.

Auch die in einigen EU-Mitgliedstaaten geltenden Körperschaftsteuersätze von lediglich 12,5 Prozent oder die erst jüngst eingeführten steuerlichen Präferenzregelungen für Lizenzzahlungen, die sogenannten Patentboxen, höhlen die Steuerbasis in unverantwortlicher Weise aus.
Deutschland muss sich deshalb bei der weiteren Ausarbeitung des OECD-Aktionsplans bis Ende 2015 über die bisher vorgelegten Maßnahmen hinaus für die Vereinbarung von steuerlichen Mindeststandards und den Verzicht auf steuerliche Präferenzregelungen einsetzen.
Die Einführung einer deutschen Patentbox wäre der falsche Weg – das ist die Politik des schlechten Dorfbürgermeisters, der seine Gewerbesteuer senkt, weil er seinem Kollegen aus dem Nachbardorf die Ansiedlung eines Unternehmens wegschnappen will.
Am Ende nimmt der private Reichtum zu, die Gemeinschaft beziehungsweise der Staat wird ärmer.

Integration

Gemeinsam mit Muslimen – Kein Platz für Gewalt!

Unsere Bundestagsfraktion verurteilt Anschläge auf Gotteshäuser. Wir sind dankbar für die klaren Worte der islamischen Verbände beim Aktionstag "Muslime stehen auf gegen Hass und Unrecht". Sie haben unsere volle Solidarität.
Unsere Bundestagsfraktion unterstützt die bundesweite Aktion des Koordinierungsrates der Muslime für Frieden, gegen Hass und Gewalt. Die Vorfälle in den vergangenen Wochen mit Anschlägen auf Moscheen und Synagogen sind beunruhigend und müssen aufgeklärt werden.
In unserer Gesellschaft ist kein Platz für religionsfeindliche Äußerungen und Gewalt, weder zu Muslimen, noch zu Juden oder anderen Gemeinschaften. Gemeinsam setzen wir ein Zeichen gegen Ausgrenzung und Diskriminierung.
Es ist alarmierend, dass islamfeindliche und antisemitische Äußerungen stark zunehmen.
Wir wollen ein friedliches Miteinander aller Religionen in Deutschland und sind dankbar für die klaren Worte der islamischen Verbände und das Zusammenstehen aller Religionsgemeinschaften in unserem Land.
Es ist gut, dass sich die Muslime in Deutschland so klar von den Gräueltaten des IS distanzieren und deutlich machen, dass Islam und Terror nicht einhergehen.
Die islamischen Gemeinden sind für uns wichtige Kooperationspartner, um gegen gewaltbereite Islamisten im Inland und die gewaltbereiten Rückkehrer aus den Kampfgebieten vorzugehen.

Bonbon

„Wenn die CSU uns wirklich die Redezeit verkürzen will, müssen wir eben umso schneller reden“.

(Hubert Aiwanger, Freie Wähler Bayern)

Termine

Die kommende Woche werde ich dazu nutzen, gemeinsam einmal mit allen Familienmitgliedern Zeit zu verbringen.
Wir sammeln Kraft für den Endspurt in diesem Jahr.
Und am 03. Oktober feiern wir 25 Jahre Deutsche Einheit.